

# LINKS DER ACHE



## Was unser Land jetzt wirklich braucht...

„Was unser Land jetzt braucht“, das sagt man uns jetzt. Auf riesigen Tafeln und mit wenigen Worten. Zu wenigen. „Sicherheit und Vertrauen, Verantwortung wahrnehmen, Wachstum und Arbeitsplätze, Zukunft für Familien“ heißt es da. Aber das Wichtigste fehlt: Die Änderung. Die Abkehr von dem, was uns in die Krise geführt hat. Die Krise, die Vielen die Existenzgrundlage gekostet hat, die fast unser Land, fast die Welt gekippt hätte. Es fehlt das Abschneiden der alten Zöpfe, es fehlen die neuen Ideen. Dabei glaubt doch nur noch die FDP in diesem Land daran, dass wir jetzt nur noch ein bisschen ausharren müssen, bis sozusagen der Rauch verzogen ist, und dann kann man wieder zocken, spekulieren, betrügen...

Was unser Land jetzt wirklich braucht, ist eine Neuorientierung. Wir müssen unser Land stark machen, ohne wieder die gleichen Fehler zuzulassen. Durch den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft. Damit wir stark sind in den Technologien von morgen – und nicht auf Uralt-Techniken wie Atomkraft setzen. Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft – scheinbar ein Thema aus einer vergangenen Welt – wie uns die Finanz-Haie glauben machen woll(t)en – wir müssen sie neu starten. Wir brauchen wieder gerechte Regeln, nicht das Recht des Stärkeren. Und wir müssen unsere Kinder bilden und fördern. Alle. Nur so können wir Arbeit schaffen. Für Alle. Gerecht entlohnt.

## In dieser Ausgabe

Dr. Bärbel Kofler .....	2
Gute Bildung für alle .....	4
Für eine strahlende Zukunft? .....	5
Konjunkturpaket II .....	6
Des wurmt mi.....	6
Neustart der sozialen Marktwirtschaft ...	7
Arbeit für alle, .....	8
Vollbeschäftigung .....	8
Die Steuersenkung.....	9
Familien stärken .....	10
Nein zur grünen Gentechnik! .....	10
Alle waren verzaubert .....	11
Beide Stimmen sind wichtig! .....	12
Rätsel.....	12

Über diese Themen finden sie alles im Wahlprogramm der SPD und im Deutschlandplan von Frank-Walter Steinmeier. Und Sie finden es in dieser Links der Ache, die wir dieses Mal im ganzen Achtal verteilen.

Lesen Sie, entscheiden Sie sich und gehen Sie zur Wahl. Und denken Sie dran: Wer Schwarz wählt, bekommt Gelb mit dazu. Gnadenlos!

Dr. Bärbel Kofler in den Bundestag - Dr. Bärbel Kofler in den

# Dr. Bärbel Kofler

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

2009 ist ein wichtiges Jahr! Es geht um die Frage, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Wahlen geben die Möglichkeit, sich für die Richtung, in die sich eine Gesellschaft entwickeln soll, zu entscheiden. Gerade in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise ist es wichtig, sich für einen handlungsfähigen, sozialen und gerechten Staat einzusetzen. Dafür steht die SPD, dafür setze ich mich persönlich ein.

## Klare Vorstellungen der SPD

Die SPD hat ein Regierungsprogramm für die Menschen in unserem Land vorgestellt, in dem sie genau sagt, was sie will. Hierin finden sich Antworten auf gesellschaftliche Entwicklungen, die Finanzkrise und eindeutige Vorstellungen für die Zukunft unseres Landes. Hervorzuheben sind folgende Schwerpunkte: „Gerechte Löhne und Einkommen“, „Faire Bildungschancen für alle“ oder die „Stärkung der Familie“. Auch hat der SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier mit seinem Deutschlandplan ein Kursbuch für den Neustart der sozialen Marktwirtschaft vorgelegt. Kern des Konzepts ist eine wirtschaftspolitische Neuorientierung mit einer Stärkung des Produktionsstandortes Deutschland, vor allem durch den konsequenten Ausbau von erneuerbaren Energien, die Stärkung des Dienstleistungssektors und den Ausbau der Infrastruktur.

## Wichtige Themen für den Wahlkreis Traunstein und Berchtesgadener Land

Guter Lohn für gute Arbeit ist ein zentrales Thema meiner politischen Arbeit. Dazu gehört die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. In den letzten vier Jahren ist es unter der Führung des SPD-Bundesministeriums für Arbeit und Soziales gelungen, wichtige Branchen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufzunehmen. Insgesamt haben nun 9 Branchen, von den Briefdienstleistern bis zur Pflegebranche, mit über 3 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen branchenbezogenen Mindestlohn. Das hilft ihnen im Kampf gegen Lohndumping. Diesen Schutz brauchen wir für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deshalb setzt sich die SPD für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes ein.



Zeitarbeiter müssen die gleichen Rechte und Löhne erhalten wie Festangestellte in einem Betrieb. Der Kündigungsschutz, die Tarifautonomie und die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen ohne Abstriche bestehen bleiben.

Eines steht auch fest: Arbeit darf nicht krank machen! Deshalb brauchen wir ein gutes betriebliches Gesundheitsmanagement, die Möglichkeit der Rehabilitation, humane Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit. Außerdem brauchen wir flexible Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente. In einer modernen Welt wie der unseren darf es auch keinen Unterschied mehr machen, ob eine Tätigkeit von einer Frau oder einem Mann ausgeführt wird. Auch hier muss gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Es ist mir auch wichtig, unsere sozialen Sicherungssysteme auf ein breites Fundament zu stellen. Ein erster Schritt muss die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung sein. Nur wenn die Solidarität der Bürger untereinander gesichert ist, kann es Chancengleichheit bei der medizinischen Versorgung für alle geben. Um die sozialen Sicherungssysteme weiter erhalten zu können, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat! Dazu müssen Steuereinnahmen des Staates gesichert und klare Regeln für die Finanzmärkte aufgestellt werden. Gerade die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass durch verbindliche internationale Vereinbarungen für Finanzgeschäfte auch Arbeitneh-

merInnen vor Massenarbeitslosigkeit geschützt werden können.

### Dr. Bärbel Kofler

Geboren: 24. Mai 1967 in Freilassing

Beruflicher Werdegang: Nach mittlerer Reife Ausbildung zur Bankkauffrau. Über den zweiten Bildungsweg Fachhochschulreife in Traunstein und Studium der Informatik sowie Sprachwissenschaften. Anschließend Promotion. Danach Dozentin an einer Moskauer Universität und an der Zivildienstschule in Gertsried.

Politisches Engagement: Seit 2004 Bundestagsabgeordnete. Im Deutschen Bundestag innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion Zuständigkeit für die Themen wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie Außenpolitik. Des weiteren Mitglied des Kreistages Berchtesgadener Land, stellvertretende Bezirksvorsitzende der SPD Oberbayern sowie Mitglied des Landesvorstandes der Bayern SPD.

Klar ist für mich auch: Umwelt- und Energiepolitik muss in den Mittelpunkt gerückt werden. Zum Atomausstieg gibt es keine Alternative. Deutschland ist bereits heute Vorreiter in Sachen Umweltpolitik. Unter Rot-Grün aber auch in der Zeit der Großen Koalition hat die SPD wichtige umwelt- und klimapolitische Reformvorhaben verwirklicht und Impulse gesetzt. Als Beispiele sind hier das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm oder das Erneuerbare Energiengesetz zu nennen. Moderne Umweltpolitik geht dabei einher mit erfolgreicher Wirtschaftspolitik und ist kein Gegensatz. Eine stabile volkswirtschaftliche Entwicklung ist nur durch Energie- und Ressourceneffizienz gewährleistet. Der Bereich der erneuerbaren Energien ist ein enormer Job-Motor in Deutschland. Bereits heute arbeiten rund 280.000 Menschen im Bereich der erneuerbaren Energien und Prognosen gehen davon aus, dass 2020 rund 500.000 Arbeitsplätze in diesem Wirtschaftsbereich bestehen werden. Durch erneuerbare Energien entstehen zukunftsweisende Arbeitsplätze vor Ort, Kaufkraft bleibt in der Region und die Umwelt wird geschützt.

Von der Stärkung erneuerbarer Energien haben bis heute schon zahlreiche mittelständische Betriebe in unserer Region profitiert. Als konkretes Beispiel kann der Biomassehof Achental genannt werden. Hier werden die vorhandenen Potenziale an Energieholz aus den Wäldern unserer Region mit dem wachsenden Bedarf an Hackschnitzeln und Holzpellets für die Energiegewinnung zusammengeführt. Damit werden die Reservoirs der Region und die Bedürfnisse der Verbraucher verbunden.

Mein Wahlkreis ist eine der größten Urlaubsregionen Deutschlands. Der Einklang von Ökonomie und Ökologie ist mir daher wichtig. Das Auskommen der Menschen muss dabei Hand in Hand gehen mit dem Erhalt der Umwelt. Nur wenn wir unsere Umwelt nachhaltig schützen, können wir den Lebensraum für die nächsten Generationen bewahren.

Als aktive bayerische Kommunalpolitikerin ist für mich die Weiterentwicklung des ländlichen Raumes ein weiteres zentrales Aufgabengebiet. Dazu gehört der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, vor allem der Schiene und des öffentlichen Nahverkehrs. Starke Kommunen sind wichtig für die Lebensqualität der Menschen. Gerade im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Sicherstellung einer leistungsfähigen Infrastruktur wird dies deutlich. Dazu gehören starke Stadtwerke oder die Ausstattung mit Schulen und Kindergärten. Und wenn es um Bildung geht, dann gilt immer eines: Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein.

**Solidarität und Gerechtigkeit ist das Fundament unserer Gesellschaft! Dafür steht die SPD, dafür setze ich mich persönlich ein.**



Bildungspolitik - Bildungspolitik - Bildungspolitik - Bildungsp

## Gute Bildung für alle Chancengleichheit statt Eliteausbildung

Wir dürfen niemanden aufgrund des Einkommens seiner Eltern oder seiner Herkunft zurücklassen. Denn Bildung ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft. Sie erlaubt Selbstentfaltung und bietet Chancen für gute Berufsaussichten und ein sicheres Einkommen. Bildung trägt entscheidend dazu bei, nicht in die Armutsfalle zu tappen. Bildung ist eine Grundbedingung für soziale Gerechtigkeit und daher vorbeugende Sozialpolitik. Die Gesellschaft kann es sich schlichtweg nicht leisten, schlecht auszubilden und Talente zu vernachlässigen.

**Für die Kleinsten:** Wir stehen für gute Bildung von Anfang an. Kita-Gebühren belaufen sich heute bei mittleren Einkommen oft auf mehr als 200 Euro monatlich pro Kind. Daher treten wir für gebührenfreie Ganztagesbetreuung und für die Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Bildung ein. Erzieherinnen und Erzieher leisten wichtige Arbeit, die wir aufwerten wollen: durch einen besseren Personalschlüssel und bessere Arbeitsbedingungen in Krippen und Kindertagesstätten.

**Für Schülerinnen und Schüler:** Viele Eltern, Schüler und Lehrer klagen über schlecht ausgestattete Schulen, Unterrichtsausfall und starre Unterrichtsformen. Wir sind der Meinung, dass alle Kinder in Deutschland die gleichen Chancen auf gute Schulbildung haben müssen. Wichtigstes Bildungsziel der SPD ist es, kein Kind, keinen Schüler und keinen Ausbildungswilligen zurückzulassen. Daher sind 80.000 Schulabbrecher pro Jahr für uns ein nicht länger hinnehmbarer Zustand. Wir sind

- gegen eine zu frühe Auslese und eine regionale Benachteiligung
- gegen die soziale und finanzielle Benachteiligung von Kindern aus Familien, die sich Nachhilfe und teures Arbeitsmaterial nicht leisten und die ihre Kinder nicht ausreichend selbst unterstützen können
- gegen die Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund, die aufgrund von Sprachproblemen keine Chancen auf schulischen Erfolg haben
- gegen die Benachteiligung behinderter Kinder, denen das Recht auf vollständige soziale Integration verweigert wird.

Jede und jeder verdient das Recht auf eine zweite Bildungschance. Bildung und Weiterbildung müssen immer möglich sein – ein Leben lang. Dafür brauchen wir ein modernes, leistungsstarkes und beitragsfreies Bildungssystem.

**Für Studierende:** Wir lehnen Studiengebühren ohne Wenn und Aber ab. Denn ein Studium darf nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern. Wir können es uns nicht erlauben, Talente zurückzulassen. Daher hält die SPD an dem Ziel fest, die Zahl der Studienplätze zu erhöhen und den Zugang zu einem Hochschulstudium zu erleichtern, so dass auch mehr Fachkräfte ohne Abitur studieren können.

**Für Auszubildende:** Für jeden Schulabgänger muss ein Ausbildungsplatz gesichert werden. Wenn ein junger Mensch nicht die Möglichkeit bekommt, ausgebildet in das Berufsleben einzusteigen, ist dies ein gesellschaftliches Armutszeugnis.

**Gerecht finanziert:** Bildung muss unserer Gesellschaft mehr wert sein. Gerade in der Krise kommt es darauf an, die notwendigen Bildungskosten gerecht zu verteilen. Daher wollen wir einen „Bildungssoli“ einführen bei der Besteuerung höchster Einkommen. Hierfür soll der Steuersatz für Spitzenverdiener ab einem zu versteuernden Einkommen von 125 000 Euro (Verheiratete 250 000 Euro) von 45 auf 47 Prozent angehoben werden.

### Das wollen wir **nicht** – im Gegensatz zu CDU/CSU und FDP

- gute Bildung nur für wenige Auserwählte
- Kinder viel zu früh aussortieren und ihnen damit Chancen verbauen
- die Studiengebühren
- die Schaffung von Eliteuniversitäten

#### Impressum

##### Mitarbeiter an dieser Ausgabe:

Olaf Gruß,  
Dieter Hahn,  
Edith Klein-Nöldner,  
Walter L. Rackl

##### V. i. S. d. P.:

Dr. Dieter Hahn  
Ringstraße 44  
83224 Grassau



Keine neuen Atomkraftwerke - Keine neuen Atomkraftwerke-

# Für eine strahlende Zukunft?

## Atomkraft nein danke!

**Immer wieder atomare Störfälle:** Der bekannteste Unfall in einem Kernkraftwerk ist die Katastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986. Neben diesem Super-GAU gibt es noch mindestens 37 weitere Unglücke, bei denen es zu erheblicher Kontamination und zu erheblichen Gesundheitsschäden gekommen ist. In Tschernobyl kamen nachweislich 56 Menschen ums Leben; nachweislich heißt, nicht einmal die Kernkraftlobby kann diese 56 Toten leugnen. Greenpeace spricht von 93000 Todesopfern. Wer da von sicherer Kernkraft redet, leugnet die Tatsachen. Neben Störfällen und Unfällen besteht weiterhin das Risiko eines terroristischen Angriffs auf ein Atomkraftwerk. Ein Irrsinn, wenn angesichts der Risiken der bayerische Umweltminister Markus Söder (CSU) nach dem Störfall im Atomkraftwerk Krümmel fordert, dem Bund jegliche Verwaltungskompetenz für die Kern-

Dass das Versuchslager für atomare Abfälle **Asse** absaufen würde, damit haben die Experten zwar gerechnet - allerdings erst in ein paar Jahrhunderten. Die Lagerräume stehen aber jetzt nach 20 Jahren praktisch schon unter Wasser.

energie zu entziehen.

### Keiner will den Atommüll:

Die Entsorgung des hochradioaktiven Atommülls, der über eine Million Jahre sicher eingelagert werden muss, ist weiterhin offen. Eine Verlängerung der beschlossenen AKW-Laufzeiten oder gar ein Neubau von AKWs würden das Entsorgungsproblem nur noch verschärfen. Nirgendwo in Deutschland ist auch nur annähernd die Akzeptanz eines Atomendlagers zu erkennen.

**Atomstrom ist nicht billig:** Sonst könnten die Atomstromerzeuger wie RWE und Vattenfall den Atomstrom ja jetzt schon billiger anbieten. Das ist aber gar nicht der Kern des Problems: Insgesamt blieben bisher rund 20 Milliarden Kosten der Kernenergie an den Steuerzahlern hängen. Das geht so weiter: Die erwarteten Kosten für die Schließung der Asse betragen mehr als 2

Milliarden € und des Endlagers Morsleben mehr als 2,2 Milliarden €. Die Betreiber der Atomkraftwerke werden bis zum Ende der Einlagerung nur 900 000 Euro Gebühren bezahlt haben. Wenn alle Erzeugerkosten (und dazu gehört beim Atomstrom auch die Endlagerung) von den Betreibern und nicht vom Steuerzahler getragen werden, dann kommt man zum Ergebnis: Atomstrom ist nicht billig!

## 2,2 Milliarden

2 200 000 000 Euro kostet der Gesamtverschluss des Endlagers Morsleben den deutschen Steuerzahler

**Erneuerbare Energien:** Ein Atomkraftwerk sauber zu nennen angesichts des von ihm produzierten Atommülls, grenzt an Zynismus. Wir wollen den Ausbau der Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien. Deren Einsatz bedeutet unbegrenzte Ressourcen. Biomasse als Wärmeerzeuger ist 100% CO<sub>2</sub>-neutral. Die Verwendung erneuerbarer Energien bedeutet aber auch, dass Arbeitsplätze geschaffen werden. Schon heute arbeitet in der Bundesrepublik eine Viertelmillion Menschen in diesem Bereich. Und es sind vor allem Arbeitsplätze in der Region, die hier geschaffen werden. Während Jahr für Jahr in Europa 550 Millionen Euro in die Kernforschung fließen, müssen sich die erneuerbaren Energien mit einem Bruchteil davon begnügen.

Bei der bevorstehenden Bundestagswahl geht es auch darum, ob es bei dem beschlossenen



Ausstieg aus der Atomenergie bleibt. Bei einer Regierung aus Union und FDP muss damit gerechnet werden, dass wieder Atomkraftwerke gebaut werden und dass damit auch der Ausbau der erneuerbaren Energien gebremst wird. Deutschland muss Vorreiter im Kampf gegen den Klimawandel bleiben und ohne Atomkraft, aber mit neuen Energie-



formen, sichere Arbeitsplätze für die Zukunft schaffen. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz hat gezeigt, wie viel in kurzer Zeit erreicht werden kann.

**Kernenergie ist weder sicher, noch sauber noch kostengünstig! Ihr Einsatz ist nicht verantwortbar.**

- Die Bundeskanzlerin sagte Anfang Juli: „Die Kernenergie hat auf die für mich überschaubare Zeit eine Perspektive“!
- Keine zwei Tage später fielen in Hamburg fast alle Ampeln aus. Der Vattenfall-Atomreaktor Krümmel in Geesthacht war nach einem Kurzschluss per Notabschaltung vom Netz gegangen.

### Die Antwort der SPD ist klar und unmissverständlich:

- Die SPD hält am Atomausstieg fest - im Gegensatz zur Union.
- Die SPD fördert die Entwicklung von Technologien für erneuerbare Energien.
- Die SPD will Programme zur Energieeinsparung und zur Nutzung erneuerbarer Energien. Die Fortführung der alten Technologie bremst die Entwicklung der neuen.

### Das wollen wir **nicht** - im Gegensatz zu CDU/CSU und FDP

- Das Risiko der Strahlenbelastung
- Die ungelöste Entsorgung
- Eine strahlende Belastung der nachfolgenden Generationen
- Dass durch Festhalten an der Atomenergie Mittel für die Entwicklung erneuerbarer Energien blockiert werden

**Die Hoffnung stirbt zuletzt - Die Hoffnung stirbt zuletzt - Die Hoffnung stirbt zuletzt - Die Hoffnung stirbt zuletzt - Die Hoffnung**

## Konjunkturpaket II

### Neue (An)Reize braucht das Land

Vor kurzem ist das von der Bundesregierung aufgelegte sog. Konjunkturpaket II verteilt worden. Nach Bayern fließen insgesamt 1,4 Milliarden Euro. Es kommt allerdings nicht überall etwas an. Genauer gesagt, kommt meist nichts an. Wir haben in der letzten LdA darüber berichtet. Das bayerische Verfahren, die Sondermittel auszuschütten, war kompliziert und langwierig und undurchsichtig.

Nach der Zuteilung der Gelder hat es viele lange Gesichter gegeben, denn es konnte nur ein Bruchteil der beantragten Mittel bewilligt werden. Das Konjunkturpaket sei schon eine sinnvolle Sache, so sagte der CSU Bürgermeister Gerhard Wunder aus Steinwiesen in Oberfranken. Das Problem sei die mangelhafte Verteilung der Gelder, dass nur wenige davon profitieren würden. Und letztendlich sei es doch so: Wer Schulden gemacht habe und besonders schlecht dastehe, werde jetzt dafür belohnt.

In Grassau haben wir in den letzten, „guten“ Jahren trotz wichtiger Investitionen, Schulden abgebaut. Grassau, Unterwössen und Schle-

ching erhalten aus dem Konjunkturpaket II: Nichts. Die Hälfte der Gemeinden im Achenal geht also leer aus.

Noch etwas anderes hat die umständliche, langwierige Art der Verteilung in Bayern bewirkt. Die Mittel werden laut Zeitungsberichten kaum abgerufen – es ist gar nicht so einfach, die komplizierten Aufträge jetzt, mitten in der Saison, zu vergeben.

So bleibt den nicht berücksichtigten Gemeinden noch etwas Hoffnung. Vielleicht bekommen wir ja doch noch etwas – wenn das Geld andernorts nicht ausgegeben wird. Die Hoffnung stirbt zuletzt.

**G'wissenwurm - G'wissenwurm - G'wissenwurm - G'wissen**

## Des wurmt mi

### Spaziergänge rund um Grassau

Bei meinen Spaziergängen um unseren Ort bin ich neulich zufällig an der alten Mülldeponie am Jägerbergl vorbei gekommen. Da sind einige Leute rumgestanden und es ist davon geredet worden, dass die Deponie saniert wird. Mir ist dabei aufgefallen, dass da auch ein Landtags- und auch noch ein Bundestagsabgeordneter von

der CSU dabei waren.

Ja, hab ich mir gedacht, was machen denn die da, so ganz ohne Publikum? Haben sie sich vielleicht in der Veranstaltung geirrt und wollten zu der schönen Feier auf der Kampenwand? Oder aber, sie haben gedacht, das, was sie im Laufe der letzten Jahre so verzapft haben, passt am besten auf eine Mülldeponie. Oder, was am wahrscheinlichsten ist, als CSU-Größen, haben sie sich gedacht, Altlastensanierung, das ist was für unsere Partei, da müssen wir hin!

Nix für ungut, aber irgendeinen Grund werden's schon gehabt haben, denkt sich

Euer Grassauer G'wissenswurm.



Aus unserem Wahlprogramm - Aus unserem Wahlprogramm

## Neustart der sozialen Marktwirtschaft

### Muss mehr Staat denn Sünde sein?

Gestern war es noch eine Tod-sünde. Der Staat hat seine Finger aus dem freien Spiel der Marktkräfte heraus zu halten, hieß es. Doch dann kam die Krise und er war wieder gefragt, der Staat. Genauer gesagt: Sein Geld war gefragt, um das System vor dem Zusammenbruch zu retten. Noch genauer gesagt: Unser aller Geld war gefragt, denn was anderes als unsere Steuern gibt es denn zu verteilen?

Die Jagd nach immer höheren Renditen, die Ausrichtung an kurzfristigen Gewinnzielen in Teilen der Wirtschaft, die Maßlosigkeit bei Gehältern im Topmanagement, das ist die eine Seite des Spiels. Die stetigen Forderungen nach Mäßigungen bei Löhnen und Gehältern, die



Frank-Walter Steinmeier

Ausgrenzung der Arbeitnehmervertretungen mit allen Mitteln, die Ablehnung sozialer Mindeststandards als wirtschaftsschädlich die andere. Insgesamt eine ungesunde Mischung – wie sich gezeigt hat.

Das war einmal anders. Das deutsche Modell der Sozialen Marktwirtschaft war einmal Vorbild in der westlichen Welt.

Wir müssen unter geänderten Rahmenbedingungen wieder zu sozial ausgleichenden Strukturen zurückkehren. Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft „neu starten“:

- Das Prinzip einer solidarischen Gesellschaft, der gleichen Rechte und gleichen Chancen muss wieder gestärkt werden. Beim Zusammenspiel von Staat, Markt und Gesellschaft darf niemand hintan gestellt sein.
- Wir brauchen dazu einen handlungsfähigen Staat, der den Bürgern Sicherheit bietet und eine starke öffentliche Daseinsvorsorge garantiert.
- Arbeitnehmer müssen teilhaben am gesellschaftlichen Wohlstand. Wir brauchen eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen – aus sozialen und aus volkswirtschaftlichen Gründen.
- Wir müssen Langfristigkeit und Nachhaltigkeit wieder im Wirtschaftsleben verankern. Sozial und ökologisch nachhaltiges Verhalten muss sich mehr auszahlen als nicht nachhaltiges Verhalten, dafür müssen Rahmenbedingungen und Anreize geschaffen werden.
- Wir brauchen die Garantie sozialer Bürgerrechte durch solidarische Sozialversicherungen, ein gebührenfreies Bildungssystem und einen Mindestlohn für Arbeit.
- Nach der wirtschaftlichen Globalisierung müssen wir auch die soziale und politische Globalisierung vorantreiben. Unsere Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft müssen zum Exportschlager auf europäischer und internationaler Ebene werden.

Manches davon wurde in der jüngeren Vergangenheit infrage gestellt. Doch „Zeitenwende“ bedeutet: Es geht heute um nicht mehr und nicht weniger als einen Neustart für die Soziale Marktwirtschaft – in Deutschland, in Europa und international.

Aus unserem Wahlprogramm - Aus unserem Wahlprogramm

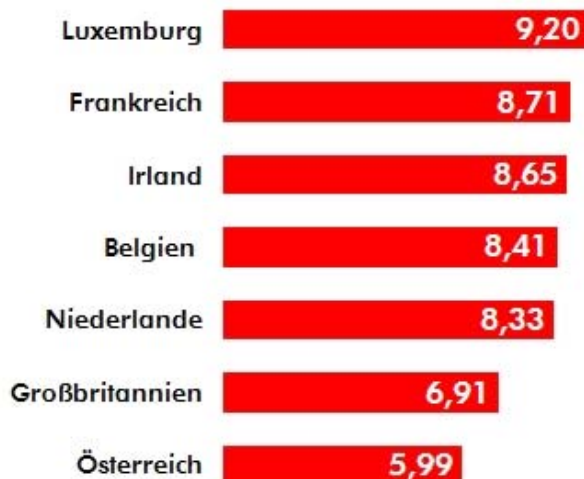
## Arbeit für alle, bei gerechter Entlohnung!

Eine Vollbeschäftigung bei gerechter Entlohnung ist kein Wunschtraum, sondern kann in sinnvoller Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Arbeitnehmern bis spätestens 2020 erreicht werden.

Dies ist ein ehrgeiziges, aber erreichbares Ziel bei richtiger politischer Weichenstellung im Rahmen des Umbaus unserer Industriegesellschaft.

Jeder, der wie Union und FDP vorschnell den Deutschlandplan von Frank-Walter Steinmeier kritisiert, scheint das Ziel der Vollbeschäftigung

### Mindestlöhne in Europa



schon resigniert aufgegeben zu haben und glaubt nicht mehr an Arbeitsplätze für alle Mitbürger.

Es geht dabei sowohl um die Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze als auch um die Schaffung neuer Arbeitsplätze auf der Grundlage des hohen technischen Know-Hows in Deutschland. Unser Land muss Vorreiter im Kampf gegen den Klimawandel bleiben und kann durch den ökologischen Umbau unserer Industriegesellschaft eine Vielzahl an Arbeitsplätzen schaffen. Aber

auch im sozialen Bereich, in der Bildung sowie im Tourismus kann vielen Menschen die Chance auf einen Arbeitsplatz geboten werden.

Oberstes Ziel muss bleiben

### Arbeit für alle, bei gerechter Entlohnung!

Es kann nicht sein, dass viele Menschen in unserem Land voll arbeiten und davon nicht leben können. Es kann nicht sein, dass die eingesparten Lohnkosten vom Steuerzahler d.h. von uns allen ersetzt werden. Deshalb sollten in möglichst vielen Branchen allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne eingeführt werden, insbesondere dort, wo die Sozialpartner dazu aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage sind. Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn, der eine Grenze markiert, unter die Löhne nicht fallen dürfen. Nur ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn kann Menschen vor Armut trotz Arbeit schützen und die Kaufkraft stärken.

### Gerechter Mindestlohn - keine Manager-Belohnungen in Millionenhöhe

In Zeiten, in denen man von Manager-Boni in Millionenhöhe lesen muss, sollte es doch kein Problem sein, den Arbeitnehmern einen gerechten Lohn für ihre geleistete Arbeit zuzugestehen.

Moderate Mindestlöhne haben positive Beschäftigungseffekte, beleben die Nachfrage und vernichten keine Arbeitsplätze, weil sie Arbeitgebern verlässliche Regeln für einen fairen Arbeitsmarkt setzen und unlauteren Wettbewerb durch Dumping- und Niedriglöhne verhindern.

Ziele für morgen: Vollbeschäftigung - Ziele für morgen

## Vollbeschäftigung Die Erneuerung

Im Deutschlandplan von Frank-Walter Steinmeier steht, dass Vollbeschäftigung das Ziel sein muss. 4 Millionen neue Arbeitsplätze sind möglich bis 2020.

Ein Baustein dazu, dieses Ziel zu erreichen, ist der ökologische Umbau unserer Wirtschaft. Wir müssen neue Wege beschreiten, wollen wir weiter bei den Spitzenreitern dabei sein. Wir müs-

### Amtliches der Gemeinde Grassau.

Betreff: (Festlegung der Ortslöhne.) Mit Wirkung vom 1. Januar 1930 ab werden die Ortslöhne (ortsübliche Tagesentgelte gewöhnlicher Arbeiter) im Bezirke des Oberverwaltungsamtes München für das Bezirksamt Traunstein festgesetzt auf:  
über 21 Jahre männl. 3.80 Mk. weibl. 2.70 Mk.  
über 16-21 Jahre männl. 2.70 Mk. weibl. 2.40 Mk.  
unter 16 Jahren männl. 1.65 Mk. weibl. 1.35 Mark.

Auszug aus den „Achentaler Nachrichten“ vom 5. Februar 1930.

Mindestlöhne sind keine neue Erfindung der SPD, wie man aus dieser Meldung der Gemeinde Grassau aus dem Jahre 1930 sieht.



sen das in unserem Land vorhandene technologische Wissen kombinieren mit modernen, zukunftssträchtigen Themen und Märkten.

Der Klimaschutz ist eines dieser Themen, genau genommen das wesentliche Thema der Zukunft. Wir müssen auf diesem Gebiet Vorreiter werden, müssen Ideenschmiede werden und diese Ideen und daraus abgeleitete Produkte exportieren. Dann können wir auch Arbeitsplätze schaffen und sichern.

Illusionen? Zu idealistisch gedacht?

Unser Ökomodell Achenal ist eine praktizierte Umsetzung des ökologischen Umbaus. Wir schaffen mit der Zielsetzung, bis 2020 energieautark zu sein, heute schon Arbeitsplätze vor Ort. Aber - und das ist genau so wichtig - wir schaffen auch Wissen über die praktische Nut-

zung erneuerbarer Energien, das wir weitergeben und vermarkten können. Und wir schaffen ein modernes Modell, wie man zukunftssträchtige Ideen in eine funktionierende kommerzielle Nutzung umsetzen kann.

Also keine Illusion? Realistisch gedacht?

Wir brauchen in der aktuellen Lage in unserem Land die Erneuerung. Müssen Ziele setzen und nicht nur Bestände verwalten, Pfründe sichern. Wer das als unrealistisch abtut, hat entweder aufgegeben oder keine Ideen. Wir brauchen ökologische Technologien und Wissen und Strategien, sie zu entwickeln.

Wir brauchen kein Guido-Mobil, sondern eher das Elektro- oder Hybrid-Mobil. Wir brauchen Arbeitsplätze für alle und den Willen, sie zu schaffen.

## Die Steuersenkung

Union wie FPD versprechen den Wählern zum Teil massive Steuersenkungen. Die FDP vor allem im Spitzensteuerbereich. Nun haben wir aber in Deutschland, als Folge der Wirtschaftskrise, weil richtigerweise das Finanzsystem stabilisiert wurde und per Abwrackprämie und Konjunkturprogramm versucht wurde, das Wirtschaftssystem zu stützen, nun haben wir Ebbe in der Staatskasse, haben wir in hohem Maße Schulden.

Was bedeutet es, wenn man trotzdem Steuern senkt, d.h. die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden verringert? Es bedeutet, dass dieser Einnahmeverlust ausgeglichen werden muss. Man kann z.B. „das Tafelsilber verkaufen“ und man kann, das ist vor allem bei allen Befürwortern von weniger Staat gern gesehen, Aufgaben abbauen, Aufgaben privatisieren. Das trifft vor allem den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge. Also z.B. die Versorgung der Bürger mit den Lebensgrundlagen Wasser und Energie, Busse und Bahnen und die Gesundheitsvorsorge. Oder die Bildung. Dagegen wäre ja nichts zu sagen, ginge es nur um die Entlastung der öffentlichen Haushalte, ginge es nur um Schuldenabbau. Aber es geht auch um Chancengleichheit und um Fragen der Gerechtigkeit. Da privatisierte Versorgung ausschließlich dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit folgen kann, heißt dies, Leistung gegen Geld: Die Bürger in reichen Gemeinden bekommen gute Leistungen, in weniger betuchten eben weniger gute Leistungen. Wir reden von Schulen, von der Wasser- und Energieversorgung, von unseren

Lebensgrundlagen, nicht von irgendwelchem Luxus!

Das wollen wir Sozialdemokraten nicht. Wer in diesen Zeiten Steuersenkungen fordert, die nicht nur ausschließlich uns Normalbürgern dienen, der schwächt den Staat, der fördert soziale Ungleichheit.

- Wir brauchen aber eine solidarische Gesellschaft mit gleichen Rechten und gleichen Chancen für alle.
- Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, im Interesse aller.
- Wir müssen alles tun, um die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden wieder in Ordnung zu bringen.
- Und wir sollten uns das Geld von denen wieder holen, die es verzockt haben, die uns in die Krise gestürzt haben.

Und noch ein Letztes: Steuersenkungen klingen verlockend. Wer will nicht mehr im Geldbeutel haben, am Ende des Monats? Aber sie sind auch trügerisch. Nur wer schon gut verdient, wer also Steuern zahlt, hat etwas von Steuersenkungen. Wer eh' nix hat, wer eh' keine oder kaum Steuern zahlt, ist wieder der Dumme.

Die Wirtschaftsinstitute, so war in der Zeitung zu lesen, rechnen damit, dass die Löhne der Arbeitnehmer bis 2013 wegen der Wirtschaftskrise nur um durchschnittlich ein Prozent im Jahr wachsen. So steht's auch im Finanzplan der Bundesregierung. Gut, dass wenigstens viele der Banker weiterhin hohe Bonus-Zahlungen erhalten. Irgendwer muss ja von den geplanten Steuersenkungen was haben.

Aus unserem Wahlprogramm – Aus unserem Wahlprogramm

## Familien stärken Gleiche Chancen für Kinder ermöglichen

Wir müssen jungen Paaren und Familien Sicherheit und Freiräume geben, damit der Wunsch nach Kindern auch realisiert werden kann. Familien brauchen ein kinderfreundliches Umfeld und eine gute Unterstützung, die im Alltag entlastet und die Gewissheit gibt, mit ihrer Aufgabe nicht allein gelassen zu werden. **Deshalb waren qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, gute und kostenfreie Bildung sowie flächendeckende Ganztagsbetreuung schon immer sozialdemokratische Forderungen und wurden jahrelang von der Union abgeblockt.**

Wir haben durchgesetzt, dass es zukünftig für jedes Kind vom 1. Geburtstag an einen Rechtsanspruch auf Betreuung gibt. In den kommenden Jahren wollen wir ein Recht auf **Ganztagsbetreuung** schon für Kleinkinder einführen, damit Eltern eine Chance auf Berufstätigkeit haben. Außerdem wollen wir die Hilfe und Beratung für Eltern ausbauen. Das hilft besonders den Alleinerziehenden. Langfristig soll sie komplett gebührenfrei werden.

Das **Elterngeld** - eine Erfindung der SPD – sichert den Lebensstandard von jungen Familien und beugt damit langfristig finanziellen Problemlagen vor. Wir wollen es jedoch noch besser machen: Die Zahl der Partnermonate, die vor allem Vätern die Chance geben, sich um den Nachwuchs zu kümmern, von zwei auf vier erhöhen und den gleichzeitigen Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung und Elterngeld von sieben auf sechzehn Monate erweitern. Wir unterstützen Familien und erhöhen den Kinderfreibetrag ab Januar 2010 um 200 Euro. Alleinerziehenden soll mit gezielten Maßnahmen geholfen werden.

Weil kein Kind in Armut aufwachsen soll, hat die SPD einen **Aktionsplan gegen Kinderarmut** entwickelt. Zur Bekämpfung der Armut von Kindern brauchen wir eine abgestimmte Politik zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Mit dem Schulstarterpaket und der Einführung und Anhebung des Regelsatzes in der Grundsicherung für die 6- bis 13-Jährigen wurde bereits einiges unternommen; es reicht aber noch nicht aus. Wir wollen die Regelsätze für Kinder bedarfsgerechter machen. Kinderarmut bekämpfen heißt für

uns aber vor allem: Gute Arbeit schaffen und Mindestlöhne einführen, damit die Eltern ein Einkommen haben, von dem sie und ihre Kinder gut leben können.

Keine grüne Gentechnik weder in Bayern noch Deutschland

## Nein zur grünen Gentechnik!

### Zukunftssichere Politik für die Verbraucher und die Landwirtschaft

Ob Genmais oder Genkartoffel - die grüne Gentechnik ist ein unverantwortlicher Irrweg und daher abzulehnen. Die Agrarindustrie und Wissenschaftler, häufig im Auftrag dieser Industrie, versuchen schon seit Jahren, auch in Europa gentechnisch veränderte Lebensmittel zu produzieren und auf dem Markt durchzusetzen. Besonders problematisch ist dabei, dass mit gentechnisch verändertem Saatgut die Patentinhaber – also internationale Konzerne – auf Dauer mit gewinnbringenden Einnahmequellen versorgt und monopolähnliche Abhängigkeiten geschaffen werden. Zugleich bedeutet dies das Ende der herkömmlichen bäuerlichen Landwirtschaft.

So ist zwar aktuell der Anbau von Genmais MON 810 im Freiland auf Druck der Öffentlichkeit, vieler Bauern, von ZivilCourage, den Naturschutzverbänden und auch der SPD durch Landwirtschaftsministerin Aigner verboten worden. Aber ein Anbauverbot von genveränderten Kartoffeln wurde von ihr abgelehnt. Dabei bediente sich unsere Bundeslandwirtschaftsministerin (CSU) der gleichen falschen Argumente wie seinerzeit schon Horst Seehofer.

Die Landwirtschafts- und die Verbraucherpolitik sollte endlich geleitet werden von den Interessen der Landwirte und Verbraucher und nicht von der Großindustrie.

### Bauern dürfen keine Erfüllungsgehilfen der Konzerne werden!

Genveränderte Pflanzen haben unbekannte und damit unverantwortliche Auswirkungen, nicht nur auf die Gesundheit der Verbraucher, sondern auch auf das gesamte ökologische System. Das Schlimmste ist, dass nichts mehr rückgängig gemacht werden kann. Wenn genveränderte Organismen ausgesetzt sind, machen sie unaufhaltsam ihren noch unbekanntem Weg mit unbekanntem Auswirkungen, auch auf jeden Menschen.

**Deutliche Entscheidungen gegen die grüne Gentechnologie sind dringend notwendig.**

Die Politik liefert dazu den gesetzlichen Rahmen. In Deutschland werden die zuständigen Ministerien seit vielen Jahren und in Bayern seit Jahrzehnten von der CSU geführt. So hat Herr Seehofer während seiner Amtszeit als Bundeslandwirtschaftsminister die grüne Gentechnik befürwortet und genehmigt. Nachdem sich in der Bevölkerung heftiger Widerstand entwickelte und Gegenwind aufkam, änderten Herr Seehofer und auch große Teile der CDU die Richtung. Soll jemand die Verantwortung tragen, der seine

Meinung je nach Windrichtung ändert? Sorgen wir für den richtigen Wind:

Wir brauchen grüne Gentechnologie weder im Achenal, noch in Bayern, noch in Deutschland!

**SPD-Kinder- und Familienfest – SPD-Kinder- und Familienfes**

**Alle waren verzaubert  
SPD-Kinder- und Familienfest**

Es war wieder ein Nachmittag voller Spaß und Spiel für Junge und Alte. Auch heuer folgten wieder viele Grassauer dem Ruf und genossen es bei strahlendem Sonnenschein, Kaffee und Kuchen, den Kindern beim Toben und Spielen zuzusehen.

Besonderer Höhepunkt war – wie schon im letzten Jahr – der Auftritt des Zauberers Fox im Zelt der Grassauer Pfadfinder. Er ließ Dinge verschwinden und an anderer Stelle wieder auftauchen, löste verknotete Seile im Handauflegen und Vieles mehr. Und am Schluss, zum großen Erstaunen aller, brachte er sogar eine Jung(e)Frau zum Schweben. Daneben fanden Hüpfburg und Weltkugel, Tauziehen und viele Geschicklichkeitsspiele großen Anklang. Das Fest, auch heuer wieder im Rahmen des Kinderferienprogramms angeboten, fand großen Anklang.



Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – R

**Des Rätsels Lösung:**

Wenn Sie die Lösung gefunden haben, bitte unten eintragen

In Tirol heißt die Tiroler Ache: .....

Sie möchten nicht nur zuschauen, sondern mitmachen bei der SPD ? Dann wenden Sie sich an Dr. Dieter Hahn ☎ 4602 oder an ein ihnen bekanntes SPD-Mitglied, oder schreiben Sie uns:

- Ich interessiere mich für die kommunalpolitische Arbeit der SPD Grassau
- Ich möchte das kommunalpolitische Programm der SPD Grassau zugeschickt haben
- Ich möchte Mitglied der SPD werden.

**Absender:** .....  
 Vorname, Name .....  
 Telefon .....  
 .....  
 Straße .....  
 Ort .....

An den  
**SPD - Ortsverein Grassau**  
z. H. Dr. Dieter Hahn  
Ringstrasse 44  
83224 Grassau



Erst- und Zweitstimme für die SPD, damit es in Deutschland gerechter zugeht! – Erst- und Zweitstimme für die SPD, damit es

## Beide Stimmen sind wichtig!

### Wahlaufruf

Mit der Zweitstimme auf der rechten Seite des Stimmzettels entscheiden Sie als Wähler(in), wie viele Abgeordnete die SPD in den neuen Deutschen Bundestag schickt. Die Zweitstimme ist maßgebend für die Verteilung der Sitze insgesamt.

Mit der Erststimme unterstützen Sie die Direktkandidatin des Wahlkreises Traunstein und Berchtesgadener Land, Frau Dr. Bärbel Kofler.

**Briefwahl nutzen** - Wer nicht wählt, überlässt das Feld den anderen. Deshalb Briefwahl nutzen.

Die Briefwahlunterlagen gibt es im Rathaus unserer Gemeinde. Sie haben nichts zu verschenken!

**Erst- und Zweitstimme für die SPD, damit es in Deutschland gerechter zugeht!**

**Stimmzettel**  
für die Wahl zum Deutschen Bundestag im Wahlkreis 225 Traunstein  
am 27. September 2009

Sie haben 2 Stimmen

Muster

hier 1 Stimme für die Wahl eines/einer Wahlkreisabgeordneten  
 hier 1 Stimme für die Wahl einer Landesliste (Partei) – maßgebende Stimme für die Verteilung der Sitze insgesamt auf die einzelnen Parteien –

Erststimme			Zweitstimme		
1	<b>Dr. Ramsauer, Peter</b> Bundestagsabgeordneter, Mühlenwieser Traunwälder Mühlenstr. 3	<input type="checkbox"/> <b>CSU</b> Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.	<input type="checkbox"/>	<b>Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.</b> Dr. Peter Ramsauer, Gerda Hasselfeldt, Dr. Karl-Theodor Friedrich von und zu Gutenberg, Ivo Aigner, Alexander Dobnig	1
2	<b>Dr. Kofler, Bärbel</b> Bundestagsabgeordnete, Sprachwissenschaftlerin Bad Reichenhall Föhlinggasse 19	<input checked="" type="checkbox"/> <b>SPD</b> Sozialdemokratische Partei Deutschlands	<input checked="" type="checkbox"/>	<b>Sozialdemokratische Partei            Deutschlands</b> Florian Prox, Susanne Kießler, Günter Glos, Petra Ennenberger, Klaus Barbel	2
3	<b>Pecha, Alfred</b> Versicherungsleiter Traunstein Seibinger Str. 2 a	<input type="checkbox"/> <b>FDP</b> Freie Demokratische Partei	<input type="checkbox"/>	<b>Freie Demokratische Partei</b> Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dr. Max Stuber, Dr. Florian Störmer, Horst Meißhofer, Mirjam Gruß	3
4	<b>Prof. (FH) Dr. Zimmer, Bernhard</b> Forstwissenschaftler Pöding Hosenmühl 28	<input type="checkbox"/> <b>GRÜNE</b> BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<input type="checkbox"/>	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b> Claudia Roth, Hans-Josef Fell, Christine Schwan, Dr. Anton Hofreiter, Ekin Deligöz	4

Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rätsel – Rät



## Rätsel

Wir alle kennen die Tiroler Ache. Sie fließt durch unser Tal, hat ihm den Namen gegeben: Achental. Diese Zeitung ist nach ihr benannt. Wer von uns ist nicht schon den Schmugglerweg gelaufen und hat die Ache bei der Entenlochklamm über die Hängebrücke überquert?

Dort ist auch unser Räselfoto entstanden. Unser Blick geht nach Süden, Richtung Tirol.

Auf die Tiroler Ache? Nein, denn dort hat sie einen anderen Namen.

**Wie heißt die Tiroler Ache in Tirol?**